Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 94. | Dresden, Freitag den 25. April 1913. | 24. Jahrg.

Der Vorsitzende des Direktoriums der Firma Krupp, Geheimrat Hugenberg, sucht die Enthüllungen Liebknechts als belanglos hinzustellen.

Die Verhandlungen im Schiffergewerbe haben noch zu keiner Einigung geführt.

In Beuthen (Oberschlesien) standen heute morgen noch zirka 80000 Bergleute im Streik.

Der österreichische Finanzminister gab den Vertretern der Banken eine beruhigende Erklärung über die internationale Situation.

Bei der Explosion in der Cincinnatigrube bei Pittsburg wurden 100 Bergleute getötet.

Geheim! Ganz geheim!

In den Berliner Abendblättern vom Donnerstag wird berichtet, daß am Vormittag eine Sitzung der Budgetkommission des Reichstags stattgefunden habe, in der der Reichskanzler zur Begründung der Wehrvorlage vertrauliche Mitteilungen machte.

Tatsächlich hat eine **Sitzung der Budgetkommission gar nicht stattgefunden.** Der Reichskanzler beliebt, die Geheimnistuerei über alles bisherige Maß zu steigern. Wenn in einer Sitzung der Budgetkommission vertrauliche Mitteilungen gemacht werden, so können außer den Mitgliedern der Kommission auch andere Reichstagsabgeordnete beiwohnen. Diesmal aber wollte man selbst die Reichstagsmitglieder fernhalten, und da dies ohne besonderen Beschluß des Reichstags selbst nicht möglich ist, so half man sich mit der im Grunde geschäftsordnungswidrigen Ausflucht, daß man die Mitglieder der Budgetkommission nicht zu einer Sitzung der Budgetkommission, sondern zu einer „[illegible] deren Besprechung" einlud!

wird also in den Protokollen der Budgetkommission nichts das geringste von dieser Sitzung verzeichnet bleiben. Zugleich wird aber die eigenartige Tatsache geschaffen, daß eine ordnungsmäßige Begründung der Wehrvorlage durch die Regierung überhaupt nicht erfolgt! Wir erheben Einspruch gegen dieses Verfahren, das den Mitgliedern des Reichstags, die nicht gerade Mitglieder der Budgetkommission sind, geschäftsordnungswidrig die Möglichkeit nimmt, die Mitteilungen, die der Regierung gerade sehr wichtig erscheinen, entgegenzunehmen.

Es wird mitgeteilt, daß der Reichskanzler „streng vertraulich" Mitteilungen über die auswärtige Politik gemacht hat. Von der Regierung waren außerdem der Kriegsminister und die Unterstaatssekretäre Wahnschaffe und Zimmermann anwesend.

Es versteht sich, daß auch die sozialdemokratischen Teilnehmer der Geheimsitzung keinerlei Aeußerungen über den Gang der gepflogenen Diskussionen machen können. Soviel aber ist für uns unzweifelhaft, daß besondere Geheimnisse ganz gewiß nicht mitgeteilt worden sind und nicht mitgeteilt werden konnten. Wir wissen aus zahlreichen früheren Fällen, was es mit dieser Heimlichtuerei auf sich hat. Unser Parteigenosse Frank hat in seiner Rede in der ersten Lesung der Wehrvorlage schon im vorneherein diese Methode satirisch verpfeffert, indem er meinte, man wird uns mit geheimnisvoller Miene erzählen, daß das deutsche Reich langgestreckte Grenzen und vielerlei Nachbarn habe.

Nach dem Bericht des Lokalanzeigers ist in jener Geheimsitzung auch über die geschäftliche Behandlung der Wehrvorlage in der Kommission gesprochen worden. Noch am Mittwoch war allgemein im Reichstag die Meinung verbreitet, daß der Reichstag die Etatsberatung am Sonnabend vollenden und in die Pfingstpause eintreten solle. Es war beabsichtigt, daß die Budgetkommission dann am 19 Mai wieder zusammentreten und die Wehrvorlage für das Plenum vorbereiten solle, das am 26. Mai seine Beratungen aufnehmen würde. Diese Dispositionen sind aber plötzlich wieder über den Haufen gestoßen worden. In der nationalistischen Presse erhob sich großer Lärm über angebliche „Verschleppung der Wehrvorlage". Die Folge war, daß die Regierung und die bewilligungseifrigen Parteien, von denen sich hierbei nur die Fortschrittler lossagten, die schnelle Durchpeitschung der Vorlage in der Budgetkommission sich zur Aufgabe machen wollten. Die Germania, das Blatt des Herrn Dr. Spahn, des Vorsitzenden der Budgetkommission, bestätigt, daß die bürgerlichen Parteien die Absicht haben, die Wehrvorlage „noch so weit als möglich vor Pfingsten zu fördern". Der nette Plan geht dahin, das Plenum des Reichstags Ende dieser Woche in die Heimat zu entlassen, während die Budgetkommission in Eil- und Dauersitzungen in den ersten Tagen der nächsten Woche die Wehrvorlage in ihren Grundlagen fertigstellen soll. Da ein solcher Arbeitsplan auch den zuvor bekanntgegebenen Absichten über den Geschäftsgang des Reichstags widerspricht, hat die Sozialdemokratie selbstredend keinen Grund, derartige auf Ueberrumpelung und Ueberhastung der Rüstungsvermehrung abzielende Bestrebungen zu unterstützen. Wir verlangen eine gründliche Vorberatung der Heeresvorlage in der Kommission. Wir denken nicht daran, zuzulassen, daß diese tief einschneidende Angelegenheit Hals über Kopf im Hurraschritt fertiggemacht wird. Wenn die Militärparteien dem Reichskanzler die Wehrvorlage schon vor Pfingsten sichern wollen, so mögen sie sich zunächst gefaßt machen, daß ihre ferienlustigen Mitglieder nicht Ende dieser Woche heimwärts reisen können und daß die Kommissionsmitglieder noch manchen Tag darüber hinaus zu arbeiten haben. Baldige Pfingstferien und zugleich Durchpeitschung der Wehrforderungen — offenbar weil man fürchtet, daß die Stimmung im Volke immer mehr abflaut! — das gibt es nicht!

Der belgische Generalstreik beendet.

Wie uns ein Privattelegramm aus Brüssel mitteilt, ist der außerordentliche Parteitag der kämpfenden belgischen Arbeiterschaft gestern zusammengetreten und hat die bereits gestern mitgeteilte Resolution des Streikkomitees angenommen. Die grandiose Manifestation des belgischen Proletariats ist zu Ende. Einmütig und geschlossen, wie sie in den Kampf gegangen, werden Belgiens Proletarier die Arbeit wieder aufnehmen, bereit, wenn es sein muß, die scharfe Waffe, die sie niederlegen, wieder anzuwenden.

Anseele referierte und empfahl die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit, da die Fortführung des Streiks keinen größeren Erfolg als den bereits erreichten verspräche. Einige Redner sprachen für die Fortsetzung des Streiks, die auch von den Versammlungen in dem Vorinage gefordert worden war. Andere forderten eine radikalere Fassung der Resolution und kritisierten, daß der Kongreß nicht schon vor der Dienstagssitzung der Kammer einberufen wurde. Alle erklärten aber eine einmütige Durchführung des Kongreßbeschlusses für notwendig. Vandervelde und Destrée verteidigten die Haltung der Fraktion und des Streikkomitees. Sie legten die politischen und moralischen Errungenschaften des Generalstreiks dar, der sich als Kampfmittel bewährt habe.

Vandervelde sprach sehr wirkungsvoll. Er betonte, man solle siegesfroh an die Arbeit zurückkehren. Der Zweck des Streiks, die Verfassungsrevision auf parlamentarischem Wege zu eröffnen, sei durch die Bildung einer Kommission erreicht. Und noch wichtiger als der parlamentarische Erfolg sei der Eindruck, den der imposante und friedliche Streik auf die öffentliche Meinung ausgeübt hat, und seine besondere Bedeutung für die Machtbildung und das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft. „Also stecken wir den Degen wiederum mit Ehren in die Scheide, um ihn, sobald es nötig ist, wieder hervorzuziehen."

Genosse Destrée sprach im Schlußwort in demselben Sinne und feierte die Solidarität und Disziplin, die die Arbeiter gezeigt haben.

Die Abstimmung ergab bei 1200 Teilnehmern **Vierfünftelmehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit.** Darauf schloß der Vorsitzende Furnemont den Kongreß mit der Aufforderung zu weiterem einigen Kampf. Heute wird also die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Verlauf und Erfolg des belgischen Generalstreiks legen der deutschen Sozialdemokratie die Pflicht auf, ernsthafte Erwägungen darüber anzustellen, ob nicht in Deutschland und vor allem in Preußen zu gegebener Zeit dasselbe Mittel im Kampf um das Wahlrecht anzuwenden ist, dessen sich das belgische Proletariat bedient hat. Das erkennen auch die Verteidiger des Dreiklassenwahlrechts und sie lassen sich angelegen sein, die Regierung schon jetzt für die Abwehr der zukünftigen Gefahr scharf zu machen. So schreibt die Kreuzzeitung:

> Was bisher gewissermaßen nur theoretische Möglichkeit war, ist durch die Vorgänge in Belgien in den Bereich einer praktischen Gefahr gerückt. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß jedes Wachstum der sozialdemokratischen Organisationen die Gefahr eines solchen Streiks vergrößern. Dennoch wird er immer scheitern müssen, wenn nur das Bürgertum und Regierung die feste Entschlossenheit zum Widerstande vorhanden ist und vorhanden bleibt, weil die größten Schädigungen der Streiks immer die Arbeiterschaft selbst treffen. Aber andererseits zeigt das belgische Beispiel auch, daß der revolutionäre Wille mit diesem Kampfmittel Erfolge zu erringen vermag, wenn die Gegenseite es an politischer Festigkeit und Nervenstärke fehlen läßt.

Die Kreuzzeitung hat nicht nötig, besonders hervorzuheben, daß ihrer Ansicht nach politische Festigkeit und Nervenstärke sich vor allem im Erlaß von Ausnahmegesetzen äußert. Das wissen wir. Aber auch durch die Ankündigung derartiger Rüstungen darf und wird sich die preußische Arbeiterschaft nicht erschrecken lassen. Wenn in dem neuen Landtag ihre Wahlreformforderung wieder die gleiche Zurückweisung erfahren wird wie in den vorhergehenden, dann verlangt es schon die Selbstachtung, daß sie sich nach einer neuen Waffe umschaut, nachdem die alten den hartnäckigen Widerstand der Reaktion nicht zu brechen vermocht haben.

Die Wiener Kriegsdrohungen.

Oesterreich-Ungarn hat eine Zirkularnote auf die Mächte losgelassen, in der es heißt:

> Oesterreich-Ungarn kann es nicht gestatten, daß die Lage, die durch den Einzug der Montenegriner in Skutari geschaffen ist, so bleibt, wie sie ist. Da das Prestige der Mächte verletzt worden ist, so ladet Oesterreich-Ungarn die Mächte ein, einen Entschluß zu fassen über die Schritte, die zur Wiederherstellung des Prestige unternommen werden sollen. Oesterreich-Ungarn erklärt, falls die Mächte einen schnellen Entschluß nicht fassen könnten, so würde es gezwungen sein, selbst Sicherheiten dafür zu schaffen, daß die Entscheidungen der Mächte respektiert würden und daß Montenegro Skutari räumt.

Die Entscheidungen des „einigen Europa" sind aber in Wirklichkeit derart auf Sand gebaut, daß eine Welle vergehen wird, ehe die schwarz-gelbe Monarchie eine Antwort auf die Note bekommt.

So dürfte denn das Geschrei der Wiener Kriegshetzer wieder beginnen wie in den trübsten Zeiten der Prochaska-Lügenaffäre. Der Himmel hatte den Hetzern übrigens dieser Tage einen ähnlichen Knochen zum Benagen hingeworfen: ein österreichischer Militärattaché soll in Montenegro angehalten und insultiert worden sein. Aber auf die Vorstellungen des österreichisch-ungarischen Gesandten in Cetinje hat die montenegrinische Regierung sofort nach Entgegennahme der Beschwerde strenge Untersuchung des Zwischenfalles zugesagt, so daß aus diesem Straßenauflauf also kein europäischer Weltkrieg mehr werden kann. Um so hitziger ist das Treiben der Kriegsparteiler wegen der Besetzung von Skutari. Unser Korrespondent schreibt uns zu diesem Thema:

th. Wien, 24. April.

Der Fall Skutaris hat alle Geister der Kriegshetze wieder losgebunden. Wer heute über die Wiener und Pester offiziöse Presse seinen Blick schweifen läßt, muß meinen, das Auswärtige Amt sei entschlossen, an dem ungehorsamen Montenegro die Strafe zu vollziehen, auf die Gefahr hin, den europäischen Frieden zu brechen. Oesterreich-Ungarn soll denn auch den Kabinetten haben wissen lassen, entweder müsse Europa die Montenegriner aus Skutari verjagen oder Oesterreich hierzu ein Mandat erteilen, andernfalls werde dieses aufeigene Faust tun, was es seinem Ansehen schuldig zu sein glaube.

Liegt es im Interesse der Wiener Politik, sofort in den Vordergrund zu treten, das besondere Interesse an Skutari zu betonen? Wenn es der englische Geschwaderkommandant ist, der persönlich die Abweisung Montenegros erfuhr, warum will das Wiener Kabinett nicht abwarten, was zunächst England, was Europa sagt? Nur Europa kann ohne Blutvergießen die verworrene Frage lösen. Die Offiziösen erheben heute selbst die bange Frage, ob „der Ausgangspunkt der Politik Berchtolds richtig gewählt war" und ob man den Wert Skutaris nicht überschätzt habe. Nur sei dies jetzt nicht mehr zu erörtern, da man nicht mehr zurück könne. Also um einen selbst erkannten Fehler bis zu den letzten Konsequenzen zu verfolgen, ist man entschlossen, sich „nötigenfalls" von Europa zu trennen, oder, was fast ebenso waghalsig wäre, mit Italien gemeinsam sich ein Mandat verleihen zu lassen? Schwerlich ist je Fridol-Dümmeres ersonnen worden. Wie töricht muß man aber erst die reichsdeutsche bürgerliche Presse nennen, die von Oesterreich behauptet, es könne nun nicht mehr zurück, es handle sich um die Freiheit des Adriatischen Meeres, da es sich doch in Wahrheit nur um die Furcht Berchtolds handelt, die Fehler seiner vernunftlosen Politik würden nun in ihren Folgen zutage treten. Soll außer dem österreichischen Schwert gegebenenfalls auch das deutsche Schwert das Wiener Kabinett aus einer Blamage heraushauen, die es sich mutwillig zugezogen hat?

Wenn nun die Wiener Politik wenigstens die Stimmung der österreichischen Völker für sich hätte. Aber selbst die Massen des deutschen Volkes wollen nach all den wirtschaftlichen Verlusten des letzten Winters, nach all den nutzlosen Aufregungen und Sorgen, und bedrückt von den Lasten der Mobilisierung, von der Balkanpolitik nichts mehr hören. Das Geschrei der Blätter und der Abgeordneten darf niemand täuschen. Man mag nur das Parlament einberufen und fragen, ob seine Mehrheit etwa den Krieg um Skutari wünscht. Bisher war es doch mit ein Hauptgrund für die ewigen Parlamentsferien, daß man vor Kundgebungen gegen die Wiener Politik bangt. Vollends die Tschechen und Südslawen, immerhin 12 Millionen Menschen, stehen sogar zu den Serben und Montenegrinern. Bei der Feigheit, die gerade die tschechischen Abgeordneten im Parlamente und in den Delegationen bisher bekundeten, indem sie die Sozialdemokraten im Kampfe gegen den Krieg allein ließen, mag das alles sich vor der breiten Oeffentlichkeit zeitweise verbergen lassen, aber am Willen des Volkes wird damit nichts geändert.

•

Ein Beschluß der Botschafterkonferenz.

Wien, 24. April. Wie hier heute abend bekannt wird, wurde in der gestrigen Sitzung der Londoner Botschafterkonferenz einstimmig beschlossen, den Regierungen vorzuschlagen, daß an Montenegro ge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130425/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG